Was wird aus Gorleben?

Umgang mit dem bisherigen Standort im Endlagersuchverfahren

Wolfgang Ehmke, 9.9.2020

WWW.BI-LUECHOW-DANNENBERG.DE
WWW.ATOMMUELLREPORT.DE

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
Lüchow-Dannenberg

Endlagersuche.
Und was wird aus Gorleben?

Inhaltsübersicht

- Blick in die Geschichte: Zwei Endlager-Konzept der 70er Jahre
  - a) Schacht Konrad
  - b) Gorleben
- Endlagersuche - zwischen Gorleben-Moratorium und Weiter so – Die Jahre 1998 bis 2011
- „Neustart“ der Endlagersuche ab 2013 – Ablaufskizze bis 2031
- Aktueller Stand des Suchverfahrens – BGE-Zwischenbericht und Fachkonferenz Teilgebiete im Herbst 2020
- Sonderrolle Gorlebens

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Blick in die Geschichte, die bis heute nachwirkt (1)

In den 1970er-Jahren wurde ein Zwei-Endlagerkonzept verfolgt

- 1. **schwach – und mittelaktive Abfälle** sollten in einem ehemaligen Erzbergwerk, dem Schacht Konrad, endgelagert werden.
- 90 Prozent des Gesamtvolumens radioaktiver Abfälle, Strahlenintensität 10 Prozent
- Voruntersuchungen ab 1975, am 31. August 1982 Antrag der damals federführenden Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) für ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren.
- Erörterungstermine 1992/93, 75 Verhandlungstage
- Planfeststellungsbeschluss 28. Mai 2002, 2006 Klagen vor dem OVG Lüneburg gescheitert, Revision 2007 vom BVG Leipzig abgewiesen
- Inbetriebnahme verzögert sich ständig, Prognose heute 2027

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Blick in die Geschichte, die bis heute nachwirkt (2)

In den 1970er-Jahren wurde ein Zwei-Endlagerkonzept verfolgt

- 2. **hochradioaktive Abfälle** sollten im Salzstock Gorleben-Rambow endgelagert werden
- 10 Prozent des Abfallvolumens, Strahlenintensität rd. 90 Prozent
- Endlager Teil eines Nuklearen Entsorgungszentrums (NEZ), Herzstück Wiederaufarbeitungsanlage, Jahresdurchsatz 1.500 Tonnen, Brennelementfabrik, oberirdische Lagerstätten (heute: Castorlager 113 Behälter, Abfalllager für schwach- und mittelaktive Abfälle, Pilot-Konditionierungsanlage 35 Tonnen Jahresdurchsatz /nicht in Betrieb)
- Planfeststellungsantrag der PTB 1977, atomrechtliches Genehmigungsverfahren für das Endlager wurde nicht eröffnet, Baubeginn (Abteufen) 1986 nach Bergrecht
- Geplanter Einlagerungsbetrieb im Jahr 1999

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Kein Vergleich (1)

Gemeinsam ist beiden Projekten: Es gab kein vergleichendes Suchverfahren

- 1. **Schacht Konrad** wurde auf Vorschlag des Betriebsrats auf seine Eignung als Endlager untersucht:
- Wegen seines Förderwerkes sei der Schacht besonders gut geeignet als Endlager für Abrisskomponenten aus stillgelegten Atomkraftwerken. Fragen der geologischen Geeignetheit spielten dabei keine Rolle. In einem Erkundungsprogramm wurde der Schacht von 1976 - 1981 untersucht. Wissenschaftliche Kriterien für diese Untersuchungen und die Bewertung des Schachtes als Endlager gab es nicht, allerdings ein politisches Interesse des Bundes an einer positiven Eignungsaussage. Kaum lag sie vor, avancierte KONRAD im Entsorgungsbericht der Bundesregierung zum zukünftigen Endlager. KONRAD war schon Ende der 70er Jahre fester Bestandteil des Entsorgungsnachweises für den Bau und Betrieb der Atomkraftwerke.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Kein Vergleich (2)

- 2. **Der Standort Gorleben** wurde vom damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) im Kontext der Suche nach einem Platz für das NEZ bestimmt.
- Im Suchverfahren des Bundes (KEWA-Studie) 1973-1976 spielte Gorleben keine Rolle. Es ging nur um Salz als Endlagerformation.
- Die niedersächsische Landesregierung hatte 1976/77 innerhalb kürzester Frist die Standorte Wahn, Lichtenhorst, Höfer (Grube Mariaglück) und Gorleben in Betracht gezogen. Gorleben und Höfer wurden nachweislich handschriftlich nachgetragen.
- Maßgeblich war der Raumbedarf für das Areal (12 Quadratkilometer) und die geopolitische Lage:
- Bei der Wahl des NEZ-Standorts fielen lediglich 12,8 Wertungspunkte auf den Salzstock
- Fortschritte bei der „Erkundung“ galten als Entsorgungsnachweis…

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Endlagersuche
Zwischen Moratorium und Weiter so

Schlingerkurs Anfang des Jahrtausends

- 1998 – 2005 Rot-Grün
  - Endlagerbergwerk Gorleben 10- jähriges Moratorium, Beginn 2000
  - 1999 - 2002 erarbeitete der Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) Empfehlungen für ein neues „Auswahlverfahren für Endlagerstandorte [Plural!]“
- 2009 – 2013 Schwarz-Gelb
  - Röttgen hebt 2010 das Moratorium direkt nach dem 12. Castortransport auf
- 2012 „Küchengespräche“ Altmeier, Trittin & Gabriel
  - Altmeier verfügt Erkundungsstopp in Gorleben

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

„Neustart“ der Endlagersuche

- 2013 Bundestag verabschiedet Standortauswahlgesetz (StandAG)

1. Kern

- Vergleichendes Suchverfahren
- Festlegung auf tiefengeologisches Endlager
- Wirtsgesteine Salz, Ton, Kristallin

2. Makel

- Keine umfassende Atommülldebatte
- Beschränkt auf die Suche nach einem Lager für „insbesondere“ hochradioaktive Abfälle
- Schacht Konrad davon unberührt
- Gorleben bleibt im Verfahren

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Ablauf laut StandAG (1)

Schritt 1

- BGE-Zwischenbericht weist am 28.9.2020 für die Endlagerung „günstige Teilgebiete“ aus, lt. BGE eine „hohe zweistellige Zahl“
- Fachkonferenz Teilgebiete nimmt 2021 in sechs Monaten auf drei Beratungsterminen zum BGE-Zwischenbericht Stellung

Schritt 2

- Obertägig zu erkundende Standorte werden von BGE benannt, der BT beschließt abschließend per Gesetz, welche es letztlich sein werden
- BGE weiterentwickelte vorläufige Sicherheitsuntersuchungen und wendet die Anforderungen und Kriterien an. Die BGE erstellt in den Standortregionen sozioökonomische Potentialanalysen
- Regionalkonferenzen und Rat der Regionen werden konstituiert

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Ablauf laut StandAG (2)

Schritt 3

- Untertägig zu erkundende Standorte werden benannt
- Das BASE prüft die Vorschläge und legt daraufhin Erkundungsprogramme und Prüfkriterien fest.
- Erneut entscheiden Bundestag und Bundesrat, welche Standorte untertägig wie erkundet werden sollen.
- An dieser Stelle ist auch eine gerichtliche Überprüfung vor dem Bundesverwaltungsgericht möglich.

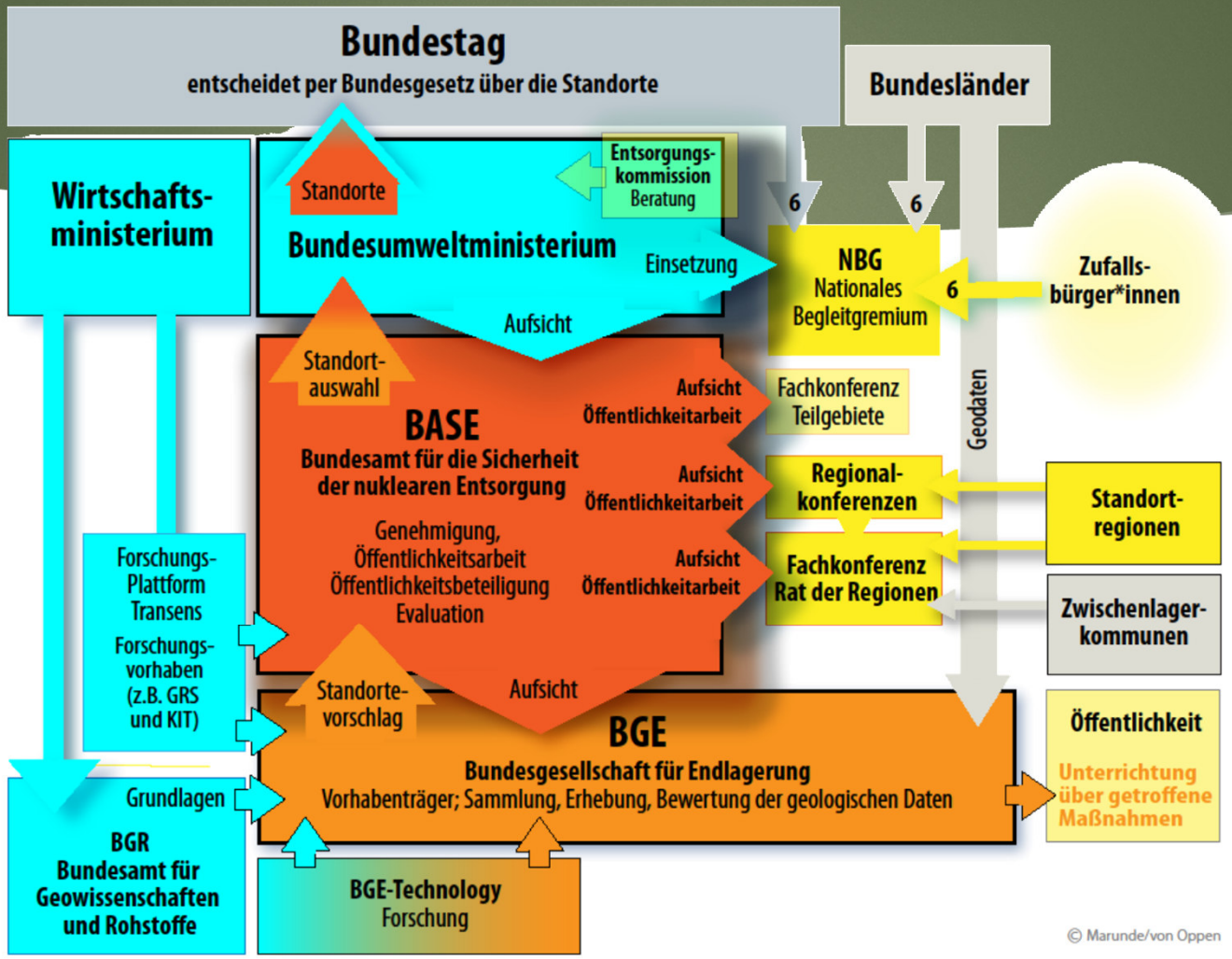
Schritt 4

- Standortvorschlag und Standortentscheidung (geplant 2031)
- Das BASE schlägt auf Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse den Standort für ein Endlager für insbesondere Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle vor.
- Die Entscheidung über den Standort fällen erneut Bundestag und Bundesrat.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Das Standortauswahlverfahren

Die Akteure, ihre Rollen und Zuständigkeiten



Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Aktueller Stand des Suchverfahrens Vorhabensträger BGE

- Die **Bundesgesellschaft für Endlagerung** (BGE) ist lt. StandAG der sog. Vorhabensträger
- Die BGE hat bis 1. Juni 2020 bundesweit von den geologischen Landesämtern verfügbare digitalen Daten „eingesammelt“ und wertet diese aus
- Das Bewertungskorsett ist im StandAG vorgegeben. Anwendung finden
  - **Ausschlusskriterien** §22 StandAG (z.B. Vulkanismus, seismische Aktivitäten, Vorschädigungen durch Bergbau, Bohrungen…)
  - **Mindestanforderungen** §23 StandAG (z.B. Mächtigkeit, Tiefe, Gebirgsdurchlässigkeit … des Wirtsgesteins)
  - **Abwägungskriterien** §24 StandAG (z.B. Gasbildung, Temperaturverträglichkeit, hydrochemische Prozesse, Deckgebirge…)

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

BGE-Zwischenbericht

BGE-Zwischenbericht – Fragwürdigkeiten und Mängel

1. **Grundsätzlich:** Fortschritte bei Forschung und Entwicklung der Endlagerforschung finden keine Berücksichtigung, dazu müsste das StandAG novelliert werden
2. **Die BGE-Interpretation der geowissenschaftlichen Vorgaben** des StandAG, die sog. Methodensteckbriefe, der flotte Umgang mit dem 100 Grad-Konzept und v.a.m. bedarf wissenschaftlicher Überprüfung
3. **Weitere Probleme:** Datendichte, Datenkontrolle, Einsicht in die Geodaten

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Aktueller Stand des Suchverfahrens Fachkonferenz Teilgebiete

- Das **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)** ist zuständig für die Partizipation.
- Das erste formale Beteiligungsformat, die Fachkonferenz Teilgebiete, wird vom BASE beworben
- Teilnehmende sind lt. §9 StandAG Bürgerinnen und Bürger, Vertreter*innen der Gebietskörperschaften, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Menschen aus Umweltverbänden und BI´s
- Auftakt lt. BASE ist die Info-Veranstaltung in Kassel am 16./17. Oktober, heftig umstritten
- Geplant sind drei Folgeveranstaltungen sind für das Jahr 2021

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Fachkonferenz Teilgebiete
Mängel des Partizipationsformats

1. **Asymmetrie:** Das BASE hat lt. § 5 StandAG die Möglichkeit, über die Mindestanforderungen an die Beteiligung hinauszugehen

   Verweigert werden u.a. Erstattung von Aufwendungen für die An- und Abreise der Teilnehmenden, es gibt kein Geld für wissenschaftliche Expertise

2. **Diskontinuität:** Das BASE stellt nicht sicher, dass der Teilnehmerkreis bestimmt wird, es ist zu erwarten, dass es zu einer großen Fluktuation kommt. Folge ist die Arbeitsunfähigkeit bzw. Ineffizienz

3. **Asynchronität:** Die BGE wird weiterarbeiten und der Bericht der Fachkonferenz Teilgebiete, den die BGE lt. Gesetz „berücksichtigen“ muss, beschreibt einen um rd. 9 Monate veralteten Arbeits- und Wissenstand

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Sonderrolle Gorlebens

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Sonderrolle Gorlebens

Wir sehen schwarz

„Seit 2013 ist die Landkarte in Deutschland wieder weiß.“ (BGE Homepage)

Der schwarze Fleck heißt Gorleben, §36 StandAG beschreibt die Sonderrolle des bisherigen Standorts, behauptet wird zugleich, Gorleben sei kein „Referenzstandort“

Das Bergwerk wird offengehalten

Das StandAG wurde so gestrickt, dass ein wesentlicher Ausschlussgrund bei der Endlagersuche, das fehlende Deckgebirge und damit der Wasserkontakt des Wirtsgesteins Salz, zu einem Abwägungskriterium herabgestuft wurde

„Deckgebirge“ wird in §2.13 StandAG neu definiert, dazu gehört beim Salz nun auch die Salzschwebe über dem einschlusswirksamen Gebirgsbereich

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Gorleben muss raus!

Gorleben kann in jedem Verfahrensschritt herausfallen, auch schon bei der Benennung der Teilgebiete durch die BGE. Es gibt keinen weiteren Standort mit entsprechender Datendichte

Bekannte Mängel

- Der Salzstock liegt in einer tektonischen Störungszone
- Die Gorlebener Rinne steht im Zusammenhang mit dieser neotektonischen Senkungszone. Von Bedeutung ist auch der Einbruchsee in Rambow. Geologisch gesehen handelt es sich hierbei um eine „holozäne Subrosionssenke“

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Gorleben muss raus!

Fortsetzung Mängel

- Eine Vielzahl von Tiefbohrungen ermöglicht den Nachweis von Kohlenwasserstoffen …
- und beschränkt die mögliche Einlagerungsfläche, erst recht dann, wenn am prospektiven Endlagerstandort neben dem Schacht Konrad ein weiteres Bergwerk für die schwach- und mittelaktiven Abfälle aufgefahren werden muss
- Anhydritvorkommen, die parallel zu den Flanken des langgezogenen Salzstocks jeweils das ältere vom jüngeren Steinsalz trennen, sind von Klüften durchzogen. Für fünf von acht dieser Kluftsysteme konnte deren Abgeschlossenheit nicht nachgewiesen werden
- Salzspiegelbohrungen haben in der sogenannten Gorlebener Rinne tief in das Salz hineinreichende Ablaugungen festgestellt.
- Permafrostrisse reichen in den prospektiven Einlagerungsbereich hinein

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Vorläufiges kurzes Fazit

Das StandAG muss novelliert werden!

- **Generell**

  Der Neustart der Endlagersuche muss alle Arten von Müll umfassen, KONRAD muss aufgegeben werden

  Stand von Wissenschaft und Forschung muss permanent abgefragt, das StandAG evaluiert werden, Rücksprünge im Verfahren müssen faktisch möglich und umgesetzt werden

- **Aktuell**

  Fachkonferenz Teilgebiete ist eine Fehlkonstruktion, stattdessen wirkliche Mitbestimmungsmöglichkeiten und transdisziplinäre Ansätze einfordern und stärken

  Gorleben muss im ersten Verfahrensschritt herausfallen

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Endlagersuche
Und was wird aus Gorleben?

Vielen Dank!

Ihr Referent:

Wolfgang Ehmke, Sprecher der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Impressum / Copyright

Atommüllreport
c/o Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.
Bleckenstedter Straße 14a
38239 Salzgitter
Tel.: 05341 / 90 01 94
Fax: 05341 / 90 01 95
www.atommuellreport.de

09.09.2020

Weitere Informationen:

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

www.bi-luechow-dannenberg.de

atommuellreport.de